

Erster Schritt zur vollen sozialen und politischen Gleichberechtigung



WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER

Am 25. Januar finden die Bundestagswahlen statt. 4,6 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger werden noch einmal ganz deutlich miterleben, wie sie als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Denn sie verfügen immer noch nicht über das grundlegendste demokratische Recht, nämlich wählen und gewählt zu werden.

Ausländische Werktätige, Familienangehörige und Studenten leben nunmehr seit vielen Jahren in der Bundesrepublik. Sie arbeiten hier und zahlen Steuern und Abgaben wie jeder andere. Bis auf die Wehrdienstpflicht beteiligen sie sich an allen gesellschaftlichen Pflichten. Ihre Kinder wurden zum Teil hier geboren und hier ausgebildet. Trotzdem haben sie keine Möglichkeit, an den Entscheidungen über sie selbst, teilzunehmen.

Keine einzige der politischen Entscheidungen und Maßnahmen, die über die Ausländer getroffen werden, können sie mitbestimmen. Denn von dem demokratischen Grundrecht –Wahlrecht– sind sie ausgeschlossen.

Das Leben der Ausländer wird von einem rassistischen und reaktionären Ausländergesetz geregelt, das sie auf Schritt und Tritt diskriminiert und entrechtet. Heute, wo sich die ökonomische Krise verschärft, sehen sie sich vermehrter Unterdrückung und weiterer Entrechtung ausgesetzt.

Während in manchen europäischen Ländern den Ausländern aktives und passives Wahlrecht zuerkannt wird, wird die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik reaktionärer und zu einer Ausländervertreibungspolitik. Die Einheit der Familie, Familienzusammenführung ist nahezu unmöglich gemacht worden. Man versucht jegliche politische Betätigung von Ausländern einzuschränken und zu verhindern. Für Krise und Arbeitslosigkeit werden sie verantwortlich gemacht. Damit wird die Ausländerfeindlichkeit angeheizt.

Deshalb fordern wir als ersten und wichtigen Schritt, das Wahlrecht, zur vollen sozialen und politischen Gleichberechtigung aller Ausländer. Wir sind uns bewusst, daß die Entrechtung durch das Ausländergesetz damit nicht aufgehoben wird. Wir sind uns auch bewusst, daß die Gleichberechtigung damit nicht erzielt wird. Aber einige positive Veränderungen und erste Schritte zur vollen Gleichberechtigung in Gang gesetzt.

Wir rufen alle Verantwortlichen auf, den Ausländern das aktive und passive Wahlrecht zuzusichern!

- Wahlrecht für alle ausländischen Mitbürger!
- Gleiche politische und soziale Rechte für Deutsche und Ausländer!
- Die ausländischen Mitbürger müssen das Recht haben, sich frei politisch äußern und organisieren können!

DIDF *Föderation der demokratischen
Arbeitervereine aus der Türkei
in der BRD e.V.* V.i.S.d.P.: H. Ünlü, Kaesenstr. 15, 5000 Köln 1